

Z u m I n h a l t d e r T e x t e :

Der Völkerrechtler John V. Whitbeck und der Journalist Jonathan Cook legen übereinstimmend dar: Das „Existenzrecht“ Israels anzuerkennen bedeutet etwas völlig anderes als den Staat Israel anzuerkennen oder einfach die Tatsache anzuerkennen, dass Israel als Faktum existiert. Es bedeutet in der Praxis die Zustimmung zu einer Politik, die den Palästinensern eine nationale Existenz unmöglich macht. Es bedeutet ferner zu billigen, dass Israel nicht als Staat aller seiner Bürger sondern als „demokratischer *und* jüdischer“ Staat existiert, d.h. in den Formen der Demokratie als rassistisches Regime einer privilegierten jüdischen Mehrheit, quasi als ein rundes Quadrat oder ein quadratischer Kreis, wie Uri Avnery sagt.

Jonathan Cook argumentiert wie auch in seinem Buch „Blut und Religion: Die Demaskierung des jüdischen und demokratischen Staates“, das bei Pluto Press, London, erschienen, dass das Bedürfnis, den jüdischen Charakter Israels um jeden Preis aufrecht zu erhalten, der eigentliche Grund für den Konflikt Israels mit den Palästinensern ist. Keinerlei Lösung ist erreichbar, so Cook, so lange Israel auf der gegenüber anderen Gruppen privilegierenden Staatsbürgerschaft für Juden besteht, sowie darauf, die territorialen und geographischen Realitäten der Region so zu verzerren, dass die Zahlen weiterhin zu Gunsten der Juden ins Gewicht fallen. Am Schluss seines Artikels schreibt Cook:

„Wo immer wir anderen leben, werden wir alle die Folgen davon zu spüren bekommen, dass Israel die Möglichkeit gegeben wird, weiterhin ein jüdischer Staat zu sein, und zwar nicht nur wegen der anhaltenden Wut in der Welt der Araber und Muslime, weil der Westen im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern mit zweierlei Maß misst. Infolge der israelischen Einstellung, dass nicht Frieden oder ein regionaler Ausgleich mit seinen Gegnern vordringlichstes Interesse ist sondern das Bedürfnis, um jeden Preis eine jüdische Mehrheit aufrechtzuhalten, um seine „Existenz“ zu schützen, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass Israel in dieser oder jener Weise agiert, welche die regionale und globale Stabilität gefährdet.

Das zeigte sich schon als kleiner Vorgeschmack während des militärischen Aufmarsches gegen den Irak an der Begeisterung Israels für die bevorstehende Invasion und bei seinem Anschlag auf den Libanon im letzten Sommer. Aber am meisten wird dies deutlich, wo es darum geht, zum Krieg gegen den Iran zu trommeln.

(...)

Letzten Monat enthüllte Ephraim Sneh, einer der hervorragendsten Generäle Israels, ein ranghohes Mitglied der Arbeitspartei und nun Olmerts stellvertretender Verteidigungsminister, dass die vorrangige Sorge der Regierung nicht die Bedrohung durch einen atomaren Angriff Ahmadinejads auf Israel ist sondern vielmehr die Wirkung, die der iranische Besitz solcher Waffen auf Juden ausübt, die davon ausgehen, dass Israel ein Monopol auf atomare Drohung besitzt.

Falls Iran solche Waffen erhielte, „würden die meisten Israelis vorziehen, hier nicht zu leben; die meisten Juden würden vorziehen, nicht mit ihren Familien hierher zu kommen, und Israelis, die im Ausland leben könnten, würden das tun....Ich fürchte, dass Ahmadinejad in der Lage sein wird, den zionistischen Traum zu töten, ohne auf den Knopf zu drücken. Deshalb müssen wir dieses Regime um jeden Preis am Erwerb einer atomaren Fähigkeit hindern.“

Mit anderen Worten, die israelische Regierung zieht entweder einen eigenen Präventivschlag gegen den Iran oder die Motivierung der USA zu einem solchen Angriff - ungeachtet der schrecklichen Folgen für die globale Sicherheit - einfach deshalb in Erwägung, weil ein atomar gerüsteter Iran Israel zu einem weniger attraktiven Ort für Juden machen, zu verstärkter Emigration führen und das demographische Verhältnis zugunsten der Palästinenser verschieben würde.

Es könnte ein regionaler oder möglicherweise globaler Krieg entfesselt werden, damit Israels ‚Existenz‘ weiterhin in Gestalt eines Staates gewährleistet ist, der Juden exklusive Privilegien bietet.

Um unserer aller Wohl willen müssen wir hoffen, dass die Palästinenser und ihre Hamas-Regierung weiterhin ablehnen, das ‚Existenzrecht Israels anzuerkennen‘.“